

de Valera hätte in seiner Rede auf, nur auf der Grundlage der Anerkennung der Republik könne die Regierung mit einer auswärtigen Macht verhandeln. Wir stehen seit bei diesem Grundsatze, so erklärte de Valera und sind bereit für ihn zu sterben, falls es nötig ist.

Nach einer Neuermeldung wolle sich die Eröffnung des irischen Parlaments, das darüber entscheiden soll, ob das irische Volk das Anerbieten Englands, Irland Kommerzialrecht der Dominion zu gewähren, annehmen oder aber im Kampfe bis zum äußersten um seine vollständige Unabhängigkeit verharren soll, unter gewaltiger Begeisterung der Bevölkerung. Obwohl es bestig regnete, wartete eine ungeheure Volksmasse am Rathaus in Dublin, wo das Parlament zusammentrat. Insbesondere wurde de Valera ein Empfang bereitet, wie er sonst nur Fürken zuteil wird.

Das Parlament tagte in dem historischen Saale des Rathauses, in dem Varnell einige seiner bedeutendsten Reden für Irland Freiheit gehalten hatte. Varnells Bild hing über dem Sitze des Sprechers. Etwa 2000 Zuhörer folgten den Verhandlungen. Als de Valera und andere Mitglieder des Kabinetts den Saal betraten, wurden sie mit Hochrufen empfangen, die minutenlang andauerten. In irischer Sprache wurde ein Gebet verrichtet. Die Mitglieder des Parlaments leisteten einzeln den Eid in irischer Sprache, in dem sie ihr unverbrüchliches Festhalten an einem freien irischen Staate beteuerten. Nach einer längeren Rede de Valeras vertagte sich das Haus.

Ausrufung der Republik Baranua.

Nach in Laibach vorliegenden Nachrichten soll die Arbeiterchaft in Kärnten die Republik proklamieren und Michael Karolj zum Präsidenten ausgerufen haben.

Die „Vossische Zeitung“ bringt mehrere Meldungen aus Kärnten, wonach in dem von den Edelherren zu Gunsten Ungarns zu räumenden Gebiete ein Aufstand gegen Ungarn ausgebrochen sei. In Kärnten soll nach einer Meldung in Gegenwart von 30000 Menschen die serbisch-ungarische Republik von Baranua verkündet worden sein. Die Republik wolle das Protektorat der kleinen Entente. Die Ausrufung der Republik sei der Entente mitgeteilt worden. Es sei beabsichtigt, dem Einzug der ungarischen Truppen bewaffneten Widerstand entgegenzusetzen. Die Kümmung des Gebietes durch die südbalkanischen Truppen verzögere sich. Südbalkanische Freiwillige kämen der neuen Republik zu Hilfe.

Aus Laibach wird ferner gemeldet: „Auto“ meldet aus Belgrad vom 13. August: Am Sonntag fand in Kärnten eine Volksversammlung statt, an der etwa 25000 Personen teilnahmen. Es wurde einstimmig beschlossen, daß, falls die Ungarn nach Kärnten kämen, die Bevölkerung sich mit der Waffe aufschneide und eine serbisch-ungarische Republik proklamieren würde. Ein Volkskongress mit dem Namen Dobrović an der Spitze wurde gebildet. Die südbalkanische Regierung hat vorläufig noch keine Instruktionen nach Kärnten geschickt. Die für den Fall der Befreiung Baranuas durch Ungarn ausgerufenen Republik soll bis zur endgültigen Vereinigung mit Jugoslawien bestehen bleiben.

In Belgrad trafen Vertreter der Kärntner Volkskongresses ein und erkundeten die jugoslawische Regierung, den neuen Staat anzuerkennen. Der Ministerpräsident erklärte eingehend die neu entstandene Lage. Die Regierung kann die Grundlage des Friedens von Trianon nicht verlassen, wird aber bei der Entente energische Schritte unternehmen, um die ansässige Bevölkerung vor dem ungarischen Terror zu schützen.

Der „Graser Tagespost“ wird aus Belgrad berichtet, daß die Proklamation der Republik Baranua auch dem Arbeiterchaft in den Kärntner Bergwerken ist entschlossen, die Bergwerke für den Fall, daß der Bezirk unter ungarische Herrschaft kommen sollte, zu vernichten. Die südbalkanische Regierung steht auf dem Standpunkte, daß die Bestimmungen des Vertrages von Trianon unbedingt eingehalten werden müssen.

In Belgrad wird in den nächsten Tagen der frühere Ministerpräsident Karolj erwartet, der die Bewegung in der Republik Baranua unterstützt.

Die Streikbewegung.

Der Kasseler Eisenbahnerstreik beendet.

Zwischen der Eisenbahndirektion Kassel und den Vertretern der Arbeiterorganisationen und dem Betriebsrat fanden gestern Verhandlungen statt, in denen man sich dahin einigte, daß die Arbeiter am Mittwoch, 17. August, überall die Arbeit wieder aufnehmen. Die Streikzettel werden nicht bezahlt, dagegen sollen alle Streikenden wieder eingestellt werden. Die Forderung der Arbeiter, den Tagelohn der Betriebsarbeiter dem Einkommen der im Gedinge arbeitenden Werkstättenarbeiter durch eine Lohnzulage mit rückwirkender Kraft auszugleichen, wurde gleichfalls abgelehnt, dagegen zugestimmt, die geplanten allgemeinen Teuerungsmassnahmen zugunsten der Beamten und Arbeiter möglichst zu fördern und die Frage zu prüfen, wie bei Einführung des Gedingeverfahrens die mittelbar daran beteiligten Arbeiter zu entschädigen seien.

Metallarbeiterstreik in der Provinz Sachsen.

In einer in Halle abgehaltenen Versammlung der Metallarbeiter wurde beschlossen, für kommenden Freitag in der Provinz Sachsen den Streik zu proklamieren, wenn bis zum Donnerstag nachmittag von den Arbeitgebern in der Lohnfrage keine betrieblichen Zugeständnisse gemacht worden sind.

Der Staatsarbeiterstreik in Bremen.

Der Verband Bremischer Beamtenvereine und die Afa haben sich auf die Seite der streikenden Staatsarbeiter in Bremen gestellt, indem sie die Beamten aufforderten, jegliche Streitarbeit unbedingt abzulehnen. In den Streik der Staatsarbeiter ist auch das technische Personal der vereinigten städtischen Theater hineingezogen. Der Straßenbahnverkehr wurde gestern im geschäftlichen Umfang aufgenommen, da er als lebenswichtiger Betrieb anerkannt ist. Die Staatsarbeiter beim Hafenbauamt in Bremen haben sich mit den Bremer Kollegen solidarisch erklärt und auf einstimmigen Beschluß die Arbeit niedergelegt. Die Direktion der Aktiengesellschaft Weser hatte mehrmals dringende Mahnungen an die Arbeiterchaft gerichtet und auf die schweren Folgen einer Arbeitsverweigerung hingewiesen. Die Arbeiterchaft trat darauf zu einer Betriebsversammlung zusammen, in der trotzdem beschlossen wurde, getreu in den Streik zu treten. Die Direktion hat nunmehr den Beschluß gefaßt, die Arbeiterchaft freitags zu entlassen.

Die Vertretertagung

des Deutschen Beamtenbundes.

Im Lehrervereinssaale in Berlin trat am Montag der Ausschuss des Deutschen Beamtenbundes zu einer Tagung zusammen, um über die neuen Beamtenforderungen und die

Verhinderung einer Einheitsfront mit den Arbeitergewerkschaften zu beraten. Bekanntlich haben sich die zwischen dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und dem D. V. B. kürzlich eingeleiteten Verhandlungen über ein gemeinschaftliches Vorgehen in der Teuerungfrage gescheitert. Bundesdirektor Dr. Müller kam in seinem ausführlichen Vortrag zu dem Schluß, daß die ursprünglichen Forderungen der Beamten aufrechterhalten und energisch durchgesetzt werden müßten. Die anschließende lebhafte Erörterung gipfelte schließlich in einem lebhaften Ausschuss, der die Forderungen noch einmal eingehend prüfte und festsetzte. Hierzu lag ein Antrag vor, der verlangte:

1. Gewährung einer gleichen und laufenden Teuerungszulage von 5000 A jährlich für alle Beamten einschließlich der Diakone und Pensionäre, zahlbar vom 1. Juli 1921 ab.
2. gleichzeitige Beseitigung der Staffelung der Teuerungszulage und Festsetzung auf 70 bzw. 150 Prozent.
3. Umwandlung der Teuerungszulage in Grundbesitz.
4. Ermittlung eines einwandfreien Maßstabes zur Festsetzung des Beamtendiensteinkommens an die gesamten Kaufkraft des Geldes und seine jeweilige rechtzeitige Anwendung.

Besondere Beachtung fand folgendes Schreiben des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes an den Vertretertag: Wir haben am Sonnabend nachmittag und heute morgen vergeblich versucht, Sie telefonisch zu erreichen. Wir beabsichtigen, bestellende Notiz in die Presse zu bringen, und bitten um Ihre Zustimmung. Es ist unverständlich, wie die Berichte über die von Ihnen mit den Gewerkschaften der Eisenbahner uhm. gepflogenen Verhandlungen in die Presse kommen konnten. Sind Sie wohl in der Lage, uns darüber Auskunft zu geben? Auf solche Art darf eine Bewegung nicht von vornherein verdoht werden. Mit besten Grüßen der Vorstand des A. D. G. B. (Gez. Leipzig). — Die bestellende Notiz besagt, daß eine Verzögerung des A. D. G. B. an den erwähnten Verhandlungen nicht beabsichtigt war und daß dieser zu der Höhe der notwendigen Forderungen überhaupt noch keine endgültige Stellung genommen habe. Diese Mitteilungen erweckten bei den Beamtenvertretern kühnsten Widerspruch. Man war allgemein der Auffassung, doch mit einer Verzögerung des A. D. G. B. verhandelt zu haben, um so mehr, als die bei den Verhandlungen anwesenden Arbeitergewerkschaften als Vertreter der genannten Spitzenorganisation aufgetreten seien. Der Deutsche Beamtenbund, so wurde erklärt, würde es jedenfalls von vornherein abgelehnt haben, etwa nur mit dem Deutschen Eisenbahnerverband zu verhandeln.

Spät abends wurde noch eine Entschliessung dem Vertretertag unterbreitet: Der Bundesausschuss des D. V. B. wendet sich mit Entschiedenheit dagegen, daß den Forderungen für die Diakone bisher in keiner Weise Rechnung getragen worden ist und die Verhandlungen in unerhöhter Weise verzögert werden. Die Not der Diakone hat seit langer Zeit eine Höhe erreicht, die einer sofortigen Abhilfe bedürftig bedarf, wenn nicht der Rückwärt der deutschen Beamtenchaft der vollständigen Verzweiflung in die Arme getrieben werden soll. Der Bundesausschuss richtet an die Reichsregierung, daß dringende und ernsthafte Schritte, die Verhandlungen mit aller Beschleunigung an Ende zu führen, damit die Notlage der Diakone endlich beseitigt wird.

Ru den Verhandlungen zwischen den Spitzenorganisationen der deutschen Arbeiterchaft und der Deutschen Beamtenbundes folgende:

Die Nachrichten über ein Scheitern der Verhandlungen über einheitliche Forderungen der Gewerkschaften sind sicher als tendenziös und irreführend zu bezeichnen. Schon die Niederschrift ist falsch. Es muß ausdrücklich darauf hingewiesen werden, daß die deutsche Beamtenchaft ebenfalls in Gewerkschaften organisiert ist und der deutsche Beamtenbund ist ihre Spitzenorganisation. Der D. V. B. ist also für die Beamtengewerkschaften daselbst, was für die sozialistischen Gewerkschaften der „Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund“ für die christlichen Gewerkschaften der „Deutsche Gewerkschaftsbund“ und für die Nicht-Christlichen Gewerkschaften der „Deutsche Gewerkschaftsring“ ist.

Es ist nun eine alte Erfahrung, daß, sobald die Arbeitnehmerchaft vor einer Aktion steht, die interessierten Kreise alles versuchen, um die Kampfkraft der Gewerkschaften zu schwächen. Die deutsche Beamtenchaft ist nun, ebenfalls gewerkschaftlich mit 1 1/2 Millionen Mitgliedern organisiert, mit in die Reihen der Arbeitnehmer eingetreten. Sie selbst mit den Arbeitern und Angehörigen die gleiche Not. Eine Einheitsfront dieser gesamten Arbeitnehmer — also Beamte, Angestellte und Arbeiter — würde nun selbstverständlich eine Macht darstellen, die alle Kreise, welche auf die Arbeitkraft dieser Massen angewiesen sind, mit Recht fürchten müssen. Darum versuchen sie alles und es ist ihnen jedes Mittel recht, diese Einheitsfront zu sabotieren, indem sie irreführende Meldungen, wie die vorliegenden, in die Welt setzen. Hierdurch sollen die Beamten — und um diese handelt es sich hier speziell — in ihrem Glauben an ihre Beamtengewerkschaft erschüttert und so die Maßnahmen ihrer Gewerkschaftsleitung von vornherein gelähmt werden.

Diese interessierten Kreise haben es meisterhaft verstanden, sich in gewisse Gewerkschaften einzuschmuggeln und diese — ihnen z. T. unbewußt — zu benützen, um die Einheitsfront zu sprengen. Eingeweihte Gewerkschaftsleiter kennen diese Strömungen ganz genau. Die Beamten aber, noch jung und neu in der Gewerkschaftsbewegung, sollen nur zu leicht auf solche Nachrichten, wie sie in vorliegender Nr. des Meiser Tagesblattes stehen, hinein und die Erregung in ihren Reihen ist groß.

Rum Beweile meiner Ausführungen weise ich auf die Erklärung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in getrigter Nr. 180 des Meiser Tagesblattes hin, nach welcher die Vertretung des A. D. G. B. an den erwähnten Verhandlungen nicht beteiligt war und daß dieser zu der Höhe der notwendigen Forderungen überhaupt noch keine endgültige Stellung genommen hat. Man vergleiche mit dieser Erklärung den Artikel „Die Einheitsfront der Gewerkschaften mit dem Beamtenbund geschlossen“ in Nr. 189 des Meiser Tagesblattes und man muß ohne weiteres zu dem Schluß kommen, daß dieser Artikel die ganze Angelegenheit mindestens tendenziös entstellte. Am 15. und 16. August fand erst wieder im D. V. B. in Berlin Bundesauskunftung statt, in welcher zu der Frage der Gehaltsforderungen weitere Stellung genommen worden ist. Die Nachricht darüber steht noch aus.

Bezeichnend ist ferner die Notiz in Nr. 180 des Meiser Tagesblattes: „Eine Erklärung der städtischen Eisenbahner“. In dieser Notiz ist hiermit ausdrücklich festgestellt, daß die Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner sowohl in Sachsen durchaus nicht die städtischen Eisenbahner, wie im Rhein nicht die städtischen Eisenbahner darstellt, sondern nur einen recht bescheiden kleinen Teil der Eisenbahner organisiert hat, nämlich die christliche Richtung, angeschlossen dem „Deutschen Gewerkschaftsbund“. Diese Gewerkschaft hat es an allergrößten, Entschliessungen zu fassen, welche andere Gewerkschaften verdächtigen, denn hier heiligt nach echt jesuitischen Grundrissen der Zweck das Mittel. Den Schluß dieser Entschliessung weist die Beamtenchaft ganz entschieden zurück. Nicht der Deutsche Beamtenbund oder die ihm angeschlossene Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahner und Angewandter hat übertriebene Forderungen an agitatoren Grundrissen aufgestellt, sondern die christliche Eisenbahnergewerkschaft, beantragt von ihrer Spitzenleitung, sprengt die Einheitsfront der Beamtenchaft und damit der gesamten Arbeitnehmerchaft aus agitatorischen

Gründen, indem sie irreführende und tendenziöse Nachrichten in die Presse lanciert. Das beweist deutlich die Erklärung des A. D. G. B.

Die älteste rechtsgerichtete Korrespondenz, ebenfalls in Nr. 189 des Meiser Tagesblattes, kennzeichnet bilgerig die ganze Situation. Krampfhaft bemüht sie sich immer wieder, die Beamten von den Arbeitern fernzubalten. Wie stellen ausdrücklich fest, daß nicht die Beamten den Arbeitern nachlaufen — das beweisen allein schon die angeblich höheren Forderungen des D. V. B. — und umgekehrt ebenfalls nicht. Beide Gruppen sind stark genug organisiert, um selbständig handeln zu können. Sie werden sich aber beide Bundesgenossen suchen in ihrem Schwerepunkt gegen — die „rechtsgerichtete Korrespondenz“ samt ihrem christlichen Anhang, und sie werden sie finden trotz aller Verbündungen und Verbündeten. Rechte Parteien und Zentrum, hier finden wir die drüberlich Arm in Arm im Kampfe gegen die Arbeiterchaft aller Gattungen, getrieben von dem hinter ihnen lebenden Großkapital. Aber das nicht steht, dem ich nicht zu helfen!

Beamte, die Augen auf! Diese Stellungsnachrichten passen aufeinander, wie die Haut auf's Auge. Den Deutschen die Waage herunter! Die Beamtenpartei steht fest! Vertraut auf eure Führer!

Numerkung der Redaktion: Die Aufschrift spricht von irreführenden Meldungen und führt immer wieder als Quelle das „R. Z.“ an. Um kein schlechtes Bild entstehen zu lassen, machen wir darauf aufmerksam, daß es sich natürlich um Meldungen handelt, die der ganzen Presse zugänglich sind. Die Meldung z. B. von der die Aufschrift sagt, daß die „ganze Angelegenheit mindestens tendenziös entstellte“, ist von E. T. B. ausgegangen. Einen Bericht, der inhaltlich etwa dasselbe besagt, druckt sogar auch die „Volkszeitung“ ab (vergl. Nr. 190 Die Milliardenforderungen der Beamten).

Mehr Sitzzüge 4. Klasse.

Die Erfahrung, daß die außerordentlich starken Erhöhungen der Personentaxe, insbesondere bei Reisen auf langen Strecken, bei denen ein Umwandern aus dem Schnellzug 4. Klasse nach einer niedrigeren Wagenklasse eines gleich hohen Verkehrszweckes nicht mehr möglich ist, nunmehr einen Verkehrsstockung im Personenverkehr zur Folge gehabt hat, veranlaßt die Reichsbahnverwaltung, nach einer Lösung zu suchen, die Reisegeschwindigkeit und erschweringe Reisefosten einermöglichen in Umfang zu bringen vermag. Ein Eisenbahnverkehrsbeamter macht auf Grund technischer Erwägungen in der Zeitung „Der Deutsche“ den folgenden Vorschlag, die seit dem Kriege fast vollständig verschwundenen Sitzzüge in neuer Gestalt aufleben zu lassen.

Ein D-Zug-Wagen 4. Klasse hat bei 60 bis 70 Sitzplätzen nahezu 40 Tonnen Gewicht, ein zwei- oder dreifacher Wagen 4. Klasse, der, wie zum Beispiel in den süddeutschen Bezirken der Reichsbahn, vollständig mit Sitzplätzen ausgestattet ist, hat nur etwa die Hälfte des Gewichtes, auf den Platz berechnet. Das heißt: die Eisenbahn kann in einem Zuge aus solchen Wagen etwa doppelt soviel Leute als im D-Zug 4. Klasse mit gleicher Zugkraft und gleichem Personalaufwand befördern. Eine Lokomotive zieht bei 60 Kilometer Stundengeschwindigkeit etwa anbestens mal soviel Last als bei 75 bis 80 Kilometer. Das heißt: die Geschwindigkeit der D-Züge oder Sitzzuggeschwindigkeit auf die eines Personenzuges ermöglicht rund ein Drittel Ersparnis an Zugförderungskosten.

Die lange Reisezeiten der Personenzüge im Vergleich zu den D-Zügen beruht nur zum kleinen Teil auf der geringeren Fahrgeschwindigkeit, zum weitaus größten Teil auf dem vielen Aufhalten mit dem Zielverzug durch Anhalten und Anfahren. Ein Personenzug mit 60 Kilometer Stundengeschwindigkeit (in der Ebene) würde gegenüber einem D-Zug mit 75 Kilometer ein Viertel, gegenüber einem D-Zug mit 80 Kilometer ein Drittel mehr Fahrzeit bei gleichen Aufhalten brauchen. Das wären Berlin-Köln 14-15 Stunden (statt 11), Berlin-Brandfurt 13 Stunden (statt 10), Berlin-München 15 bis 16 Stunden (statt 12).

Daraus folgt als nächstes Ziel der deutschen Personenverkehrsreform: Einführung von Sitzzügen 4. Klasse mit zwar mäßiger Fahrgeschwindigkeit und leichtem Wagenmaterial, zunächst aber mit einem Minimum von Zwischenhalten und dadurch möglichst geringer Reisezeit. Die Ersparnis an Betriebskosten für die Eisenbahn ist bei solchen „Leichten“ Fernzügen so namhaft, daß sie den Fahrpreisanwärtigen zwischen 4. Klasse Schnellzug und 4. Klasse Personenzug sogar noch übersteigt. Aus dieser Einsparung hätte also die Allgemeinheit großen Gewinn und die Eisenbahn zum mindesten keinen Schaden. Im Grunde ruht dieser Vorschlag auf einer Reform der Eisenbahn und den Ausbesser der Eisenbahn auf breiterer Grundlage hinaus. Kleine Anläufe dazu sind in bestbelegten Personenzügen Berlin-Damm und Hamburg-Berlin vorhanden. Die Zahl der Aufenthalte müßte aber gerade bei solchen Zügen noch viel mehr eingeschränkt werden, um Reisefreit zu sparen und nur den großen Fernverkehr auf die Bahn zu stellen.

Ein Pa. Kernseife 2.45 u. 3 M. N. Mehr Wittererstraße 20.

Gute Existenz! Generalvertretung!

Einem streblamen Herrn übergeben wir die Generalvertretung unserer Fabrikate (Nahrungsmittel). Vertretung bringt nachweislich angelegter Vertreter ein Einkommen von 6000 M. monatlich. Herren, die über ein klüffiges Kapital von 8- bis 10000 M. verfügen, wollen sich melden. E. C. Samit, Nahrungsmittelfabrik, Erfurt.

Wobl. Zimmer

von Akademiker für einige Zeit gesucht. Offerten unt. G J 7600 an das Tgl. Meis.

Wir suchen für bei uns beschäftigten jungen Kaufmann per sofort

mobliertes Zimmer.

Gebrüder Starke.

Junge Leute suchen

ein bis zwei leere Zimmer

mit Kochgelegenheit in Meis od. Umgegend. Offerten unt. G F 7600 an das Tgl. Meis.

Bessere Schlafstelle od. möbl. Zimmer gesucht. Gest. Offerten unt. G A 7601 an das Tagesblatt Meis.

mobliertes Zimmer

für Herrn gesucht. Offerten unter G D 7604 an das Tagesblatt Meis.

mobliertes Zimmer

in Gröben an dem Herrn od. Dame sof. zu vermieten. An erb. im Tagesblatt Meis.

2 anst. junge Herren suchen für sofort in Meis

gutmöbl. Zimmer mit od. ohne Pension. Off. u. F X 7600 an das Tgl. Meis.

2500 Mark

sind aus Privatband auf sich. Hypotheken, auch geteilt, auszulösen. Off. unt. G H 7600 an das Tagesblatt Meis.

Strebl. Ehev. sucht sofort mögl. aus. Brio.

3000 Mark

f. 2 Jahre gegen hohe Binsen. Möbelfabrik. Offerten unt. G C 7600 an das Tgl. Meis.

Diese perm. Damen wünscht sich bald gütlich zu verheiraten. Herrn, wenn auch ohne Verm. erbalt. sofort Auskunft durch „Union“ Berlin, Postamt 23.

Nach auswärts netto zuverl.

2. Putzarbeiterin

gesucht. Zu erfragen bei M. Dietrich, Dudenstr. 15.

Schube, sowie alle anderen Lederwaren für man wie hier neu mit Brauns-Wilbra. Wilhelm Brauns, G. m. b. H., Quodlinburg, Ver. Sie Gratiasch. Nr. 2.